



International Federation
for Human Rights
Fédération Internationale des
Ligues des Droits de l'Homme
Federación Internacional
de Derechos Humanos
Международная Федерация
за права человека
المنتدى الدولية لحقوق الإنسان



EURO-MEDITERRANEAN HUMAN RIGHTS NETWORK
RESEAU EURO-MEDITERRANÉEN DES DROITS DE L'HOMME
الشبكة الأوروبية - المتوسطية لحقوق الإنسان



Offener Brief

an die

Innenminister der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sowie an die Innenausschüsse

(versandt am 8. Oktober 2013)

Sehr geehrte Minister,

Angesichts der Einberufung des EU-Rats zur Erörterung der tragischen Ereignisse, die am 3. Oktober d. J. vor der Küste Lampedusas in Italien den Tod von mindestens 300 Menschen forderten und vor dem morgigen Besuch des Präsidenten Barroso vor Ort schreiben wir, um an die Europäische Union und alle Mitgliedsstaaten zu appellieren, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den weiteren Verlust von Leben zu vermeiden.

Diese jüngste Tragödie ereignete sich, als ein Boot, das mit mehr als 500 Menschen an Bord - die meisten aus Eritrea und Somalia - von Libyen Richtung Italien losfuhr Feuer fing und ca. ein Kilometer von der Küste Lampedusas unterging. Dieses und alle weiteren Ereignisse verweisen auf grauenvolle Weise auf das tragische Schicksal einer wachsenden Zahl von Migranten, die das Mittelmeer überqueren, um in Europa Schutz und ein besseres Leben zu finden.

Das Schiffswrack ist das letzte einer langen Liste tragischer "Unfälle", die während der letzten Jahre im Mittelmeer passierten und mithin der zweite Unfall im Zeitraum allein einer Woche [1]. Die Mehrheit der Opfer sind Menschen, die vor Konflikten etwa in Eritrea, Somalia, Äthiopien sowie in jüngerer Zeit Syrien fliehen und gemäß aller internationalen Flüchtlingskonventionen und Menschenrechte Anspruch auf Schutz haben. Es wird geschätzt, dass während der letzten beiden Jahrzehnte 20.000 Menschen ihr Leben beim Versuch verloren, Europas südliche Grenzen auf der Flucht von der anderen Seite des Mittelmeers zu erreichen.

In Reaktion auf das jüngste Desaster sagte die EU Beauftragte für Innere Angelegenheiten, Cecilia Malmström zu, seitens der EU alle Anstrengungen zur Verhinderung weiterer solcher Tragödien zu unternehmen und beiden, sowohl Migranten als auch den Ländern, die einen wachsenden Migrantenzustrom erfahren, solidarisch beizustehen. Gleichwohl vermögen viele der von EUROSUR vorgeschlagenen Lösungen nicht mehr als die Ressourcen der FRONTEX-Agentur zu erweitern - und damit einfach nur mehr vom Bisherigen zu versprechen.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre jeweils eigenen Verantwortlichkeiten überdenken und insbesondere ihren jeweils eigenen Beitrag zur restriktiven, sicherheitsorientierten Migrationspolitik, die die Ursache für diese Tragödien ist. Es sind doch gerade die verbesserten Grenzkontrollen und die

Einrichtung einer speziellen Grenzüberwachungsagentur mit dem Namen FRONTEX und ebenso die Entwicklung neuer Instrumente wie EUROSUR, das in Kürze einsatzfähig sein soll, die immer mehr Migranten und Flüchtlinge, die vor Verfolgung und Kriege in ihren Ländern fliehen, um in Europa Schutz und ein besseres Leben suchen, regelrecht zwingen gefährliche Wege zu nehmen und ihr Leben zu riskieren.

Diese Maßnahmen, sind gepaart mit minimalen Möglichkeiten regulär einzuwandern sowie regelrechten Hindernissen Asyl zu beantragen oder zu erhalten, bilden u. A. die Ursache für zunehmende Zahl der Menschen, die beim Versuch die Küsten Europas zu erreichen, buchstäblich vor der Türschwelle des Kontinents, sterben.

Gleichzeitig beklagen die EU und ihre Mitgliedsstaaten das Fehlen eines effektiven und koordinierten Zugangs zu Such- und Rettungsoperationen. Angesichts fehlender harmonisierter Regelungen der Suche, der Rettung und der Anlandung, sind Migranten weiter Opfer eines vertrackten Politiksystems, das es Staaten ermöglicht, vor ihren Verantwortlichkeiten auszuweichen und die Lebensgefahren für Migranten zu erhöhen.

Während das Mandat von FRONTEX und EUROSUR Bezug auf Suche und Rettung von Flüchtlingen nimmt, trupft der anhaltende "Kampf gegen illegale Immigration" solche Verpflichtungen gänzlich aus. Des Weiteren werden Rettungsoperationen durch nationale Gesetzgebungen kriminalisiert, wenn sie als Hilfe und Anstiftung zur rechtswidrigen Immigration qualifizieren, kriminalisiert werden und private Träger von der Erfüllung des internationalen Seerechts abhalten, das sie verpflichtet, Booten, die in Not geraten sind, beizustehen.

Die Zuweisung der Schuld für diese Tragödien an kriminelle Netzwerke und Menschenhändler, die die Verzweiflung der Migranten ausnutzen, verschließt die Augen vor den tatsächlichen Ursachen, die den Menschenhändler ermöglichen. Restriktive Migrationspolitik, die Migranten und Flüchtlinge davon abhalten soll, das Territorium der EU auf legalem Wege zu betreten, ermöglicht es solchen illegalen Geschäften zu florieren und sind indirekt verantwortlich für die resultierenden menschlichen Tragödien.

Es ist an der Zeit den Beistand für Boote in Seenot und die Abwendung der Verluste von Menschenleben zur höchsten Priorität der EU zu machen.

FIDH, EMHRN, Migreurop und AEDH rufen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf:

Ihre Migrationspolitik zu überholen, damit gewährleistet ist, dass Sicherheitsanliegen nicht auf Kosten der Menschenrechte umgesetzt werden und alle Migrationspolitik einschließlich der Regelung von Such- und Rettungsoperation, zu allererst auf den Schutz des Lebens und die Menschenrechte der Migranten anstatt auf die Abschottung der Grenzen gerichtet sind.

Die Such- und Rettungskapazitäten und Kooperationen im Mittelmeerraum zu erweitern, um weiteren Verlust von Menschenleben zu vermeiden.

Klare und harmonisierte Regelungen für die Suche und Rettung von Personen in Seenot festzuschreiben, so dass jegliche Konfusion über die Verpflichtung Such- und Rettungsoperationen bei Seenot von Booten und anderen Seefahrzeugen ausbleibt und stattdessen angemessene Hilfeleistungen für sie zu gewährleisten, wie es von der Parlamentarischen Versammlung des

Europarats (PACE) seinem Bericht vom April 2012 "Leben verloren im Mittelmeer" ("Lives lost in the Mediterranean Sea") [2] empfohlen wird.

Im Rahmen der Verhandlungen über bevorstehende Festlegung der Gesetze zur Überwachung der äußeren Seegrenzen bei operativen Kooperationen, die von FRONTEX koordiniert werden, sicherzustellen, dass die Menschenrechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten Vorrang haben und in voller Übereinstimmung mit den internationalen Menschen- und Flüchtlingsrechten sowie sonstigen Standards umgesetzt werden.

Nationale Gesetzlichkeiten aufzuheben, die Rettung auf hoher See kriminalisieren, um zu gewährleisten, dass private Seefahrzeuge nicht ermutigt werden, die Verpflichtungen zu umgehen, die ihnen unter dem Internationalen Seerecht erwachsen, das von ihnen fordert, in Seenot geratenen Booten beizustehen.

Zu gewährleisten, dass nicht ausschließlich Sicherheitsinteressen die Aktivitäten der FRONTEX begründen, sondern vielmehr Such- und Rettungsverpflichtungen sowie Menschenrechte von Migranten Vorrang haben, wie es das Mandat der FRONTEX fordert.

Zu gewährleisten, dass Menschenrechte und Hilfe für Migranten in Not von zentraler Bedeutung für die Arbeitsweise des neuen Mittelmeer-Überwachungs- und Data-Sharing-Systems EUROSUR sein sollen, das bald zum Einsatz kommen soll.

Zu gewährleisten, dass Menschen in Übereinstimmung mit dem Urteil des Europäischen Gerichts für Menschenrechte im Fall der abgefangenen Hirsi und Andere gegen Italien, nicht in Länder abgeschoben werden, in denen sie Gefahr laufen, eine Behandlung zu erfahren, die gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.

Neue Wege der legalen Migration zu eröffnen, um die Risiken zu reduzieren, die an Versuche von Migranten gekoppelt sind, die EU auf nicht legalen Wege zu erreichen und überdies der Ausnutzung ihrer Not durch Schmuggler Einhalt zu gebieten.

Die Achtung des Lebens und der Rechte von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen in den Mittelpunkt jeder multi- oder bi-lateralen Kooperationsvereinbarung über Migration einschließlich aller Rückübernahmeabkommen, technischer Kooperation sowie Mobilitätspartnerschaften zu rücken und bei Verhandlungen solcher Vereinbarungen, Abkommen und Partnerschaften zu gewährleisten, dass Grenzkontrolle und -sicherheit nicht höher gestellt werden als die Rechte der Migranten.

Vom Einstieg in weitere Abkommen mit Drittländern abzusehen, sofern diese nicht demonstrieren, dass sie die Rechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten respektieren und schützen sowie ein zufriedenstellendes Hilfssystem aufbauen und die Rechtsansprüche von Migranten auf internationalen Schutz anerkennen; Abkommen mit Ländern, die diese Bedingungen nicht anerkennen müssen ausgesetzt werden.

Eine Diskussion über konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der gemeinsamen Verantwortung zu initiieren, insbesondere bei den Rettungsdiensten, bei der Bearbeitung von Asylanträgen, bei Standortwechsel und Umsiedlungen, um die Anzahl der Menschen, die beim Versuch Europas Küsten zu erreichen ihr Leben riskieren, zu reduzieren und all jenen zu helfen, sowie die Mitgliedsstaaten an den Grenzlinien der EU dabei zu unterstützen, den wachsenden Migrationsströmen angemessen zu

begegnen. All dies sollte, wie der UN-Sonderberichterstatters über die Menschenrechte von Migranten, François Crepeau in seinem Bericht von April 2013 [3] empfiehlt, eine Diskussion über eine grundlegende Revision der Übereinkommen von Dublin einschließen, die in ihrer gegenwärtigen Fassung auf kontraproduktive Weise den Außengrenzstaaten eine unverhältnismäßig hohe Verantwortung zuweisen.

Das Recht der Familien zu achten, über das Schicksal von Angehörigen in Kenntnis gesetzt zu werden, die ihr Leben auf hoher See verloren, indem die Ermittlung und Überlassung der Identitätsdaten verbessert werden.

In den Worten von Jean-Claude Mignon, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), anlässlich der Ereignisse vor Lampedusa: "Vor den Toren Europa findet eine schreckliche menschliche Tragödie statt." Wir hoffen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten keiner weiteren Tragödie, wie die gerade erlebte, bedürfen werden, um endlich anzuerkennen, dass eine radikale Veränderung ihres Zugangs zur Migration bitter nötig ist, ein Wechsel, der die Verhinderung des Verlustes an Menschenleben und die Achtung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

In der Hoffnung auf eine weitere Diskussion dieser Themen mit Ihnen, verbleiben wir

Hochachtungsvoll,

Karim Lahidji, President FIDH

Olivier Clochard, President Migreurop

Serge Kollwelter, President AEDH

Michel Tubiana, President EMHRN

Footnotes

[1] Am 30. September, ertranken 13 Menschen, hauptsächlich aus Eritrea, bei einem Schiffsbruch vor der italienischen Küste der sizilianischen Stadt Ragusa. Im Dezember 2012, starben 20 Menschen in der Nähe der griechischen Insel Lesbos. Im Oktober und November 2012 starben 89 Menschen in der in der Straße von Gibraltar. Im September 2012 starben 58 Menschen vor der türkischen Küste Izmir. Zur Zeit des Höhepunkts der arabischen Aufstände, kamen mehr als 1.500 Menschen in nur einem Jahr um. Die Liste ließe sich fortsetzen.

[2] Der Bericht wurde im Nachgang zum "Unfall" erstellt, der 63 Menschen das Leben kostete, die für zwei Wochen im Mittelmeer umhertrieben und schließlich umkamen, weil einige Länder - Mitglieder und Nichtmitglieder der EU und der NATO (namentlich Italien, Frankreich, UK und Spanien) nicht auf Notrufe zu antworten vermochten. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte von Migranten, François Crepeau, empfahl in seinem Bericht vom April 2013, "Regionale Studien: Zu den Auswirkungen des Managements der Außengrenzen der EU auf die Menschenrechte von Migranten", erhältlich unter:

http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session23/A.HRC.23.46_en.pdf, das Leitlinien und Prozeduren entwickelt werden sollten, die gewährleisten, dass Rettung auf hoher See effektiv realisiert wird.

[3] Report of the Special Rapporteur for the Human Rights of Migrants, François Crepeau, April 2013, cit.